

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



In Kriegszeiten: der Wald als Schutz, doch wer schützt den Wald? Foto: Sasha Glyadyelov

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

UKRAINE/ÖKOLOGIE

Ökozid in der Ukraine

«Die Natur ist das stille Opfer dieses Krieges», so die Warnung von Yuliya Ovchynnykova, Abgeordnete und Mitglied des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz der Werchowna Rada, dem ukrainischen Parlament. Sie war Teil einer Delegation von Umweltaktivist·inn·en und Mitgliedern der Zivilgesellschaft, die auf Initiative des Europäischen BürgerInnen Forums (EBF) vom 28. November bis 1. Dezember 2022 nach Brüssel und Paris reisten¹.

Hinter den Zehntausenden Toten auf beiden Seiten und den schrecklichen Zerstörungen, die durch die russische Aggression und insbesondere durch die ständigen Bombenangriffe auf Städte, Dörfer und die lebensnotwendige Infrastruktur der Bevölkerung verursacht werden, spielt sich eine andere Tragödie ab, über die weniger gesprochen wird: ein gross angelegter Ökozid. Seit über neun Monaten verwüstet die russische Kriegsmaschinerie das ukrainische Territorium, verschmutzt massiv die Flüsse, untergräbt die Felder und zerstört die Wälder. Es handelt sich um eine tickende Zeitbombe mit weitreichenden Folgen für die Menschen, die Gesundheit und die Ökosysteme.

Durch die russische Bombardierung von Öldepsots wurden über 680.000 Tonnen

Ölprodukte durch Feuer zerstört. Durch die Beschiessung der zivilen und militärischen Infrastruktur und Ausrüstung entstand eine enorme Menge an Abfällen, darunter auch sehr gefährliche, deren Menge derzeit kaum abschätzbar ist. Die massiven Bombardierungen führten auch zur Kontamination von etwa 180.000 m³ Boden. Die Zerstörung von Kläranlagen führte zu zahlreichen Fällen von Wasserverschmutzung.

Seit den ersten Tagen der Invasion hat das russische Militär systematisch Aktionen rund um die ukrainischen Kernkraftwerke durchgeführt. Bei diesem Vorgehen handelt es sich eindeutig um Nuklearterrorismus. Diese Energieinfrastruktur, die in wenigen Gebäuden konzentriert ist, hat sich als äusserst anfällig für Kriegsrisiken erwiesen. Es

Für das neue Jahr

«Da die Welt so ist, wie sie ist, sollten unsere Träume noch hartnäckiger sein.»

(Abdellatif Lääbi, marokkanischer Dichter)

Wir wünschen Euch allen, liebe Leserinnen und Leser, ein gutes und frohes Jahr 2023.

Ein Jahr, in dem das Verständnis untereinander und die gemeinsame Widerstandskraft mehr bewirkt als Egoismus und Machtgier.

In dem wir auf respektvolle Weise friedliche Lösungen der Konflikte finden – im Privaten wie im Politischen. Ein Jahr, das wir alle mitgestalten, indem wir unsere gesellschafts- und umweltpolitischen Vorhaben weiterentwickeln und auch – last but not least – uns selber. Vielen Dank für Eure Kritiken, Anregungen und für die Zusammenarbeit im letzten Jahr!

Für das Archipel-Team
Constanze Warta

ist noch zu früh für detaillierte Studien oder genaue Berechnungen der Schäden, die direkt durch den Krieg verursacht wurden. Es gibt jedoch einige Schätzungen. Die Umweltschäden, die sich aus den direkten Auswirkungen der russischen Invasion ergeben, werden bereits auf über 25 Milliarden Euro geschätzt.

Die ukrainische Landwirtschaft wurde ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen. Es wird geschätzt, dass der Krieg der ukrainischen Landwirtschaft direkte und indirekte Schäden in Höhe von über 30 Milliarden US-Dollar zugefügt hat. Diese Kosten entstanden vor allem durch die Blockade des Schiffsverkehrs, die Zerstörung der Ernte oder die Bombardierung der Agrar- und Lebensmittelindustrie. 10 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (30-34 Prozent des Staatsgebiets) wurden durch Minen, Kämpfe und Bombardierungen in Mitleidenschaft gezogen. Es wird erwartet, dass die Produktion der wichtigsten Nutzpflanzen im Vergleich zum Vorjahr um 18 bis 33 Prozent zurückgehen wird.

Auswirkungen auf die Wälder

Laut Yehor Hrynyk, Aktivist der «Ukrainischen Gruppe für Naturschutz» und Waldexperte, sind etwa 200.000 Hektar Wald durch die Kämpfe verbrannt. 700.000 Hektar Wald müssen von Minen befreit werden. Dies wird zehn bis zwanzig Jahre dauern. Mehr als 20 Nationalparks und Reservate wurden besetzt und Hunderte anderer Schutzgebiete wurden geschädigt. Die Schäden beschränken sich nicht auf die Gebiete, in denen der Krieg tobt. Indirekte Folgen zeigen sich auch fernab der Front, insbesondere in Wäldern und Naturgebieten. Angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage suchen die ukrainischen Behörden nach neuen Einnahmequellen. Die Zerstörung des Energiesystems durch Russland und die grosse Zahl von Binnenvertriebenen lassen den Bedarf an Brennholz stark ansteigen. Seit Beginn des Krieges gaben die ukrainischen Behörden, insbesondere der Umweltminister, an, die Holzernnte steigern zu wollen – um bis zu 150 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In einigen Regionen, vor allem im Süden der Ukraine, ist dies bereits der Fall. Der Umfang der Holzernnte ist im Vergleich zu 2021 um 115-140 Prozent gestiegen. Angesichts der schwachen Massnahmen zum Schutz der Biodiversität bedroht die Zunahme dieser Holzschläge die verbleibenden alten Wälder im Land, einschliesslich der Wälder in den ukrainischen Karpaten. So haben Umwelt-NGOs bereits die Abholzung alter Naturwälder beobachtet. Weitere Abholzungen sind geplant, um «Brennholz für die Gemeinden zu lagern». Jedes Mal wird die Frage der Biodiversität in den Hintergrund gedrängt.

Die ukrainischen Behörden haben die gesetzlichen Regelungen geändert, um diese Abholzungen zu erleichtern. Im März 2022 hob das Parlament ohne jede öffentliche Debatte eine Reihe von Umweltbeschränkungen auf. So wurde beispielsweise die als «stille Jahreszeit» bezeichnete Bestimmung – das Verbot, während der Fortpflanzungszeit der Tiere in den Wäldern zu fällen – gestrichen. Später schränkten die Behörden den Zugang der Öffentlichkeit zur Umweltinspektionsbehörde ungerechtfertigt ein. Die Behörden kündigten auch ihre Absicht an, 270 Harvester zu kaufen – moderne Maschinen, mit denen der Wald so schnell wie möglich abgeholzt werden kann.

Parallel dazu hat sich das Problem des illegalen Holzeinschlags verschärft. Verschiedenen Schätzungen zufolge waren vor 2022 bis

zu 40 Prozent des in der Ukraine gewonnenen Holzes illegal. Der weitaus grösste Teil davon wurde in die EU exportiert. Es ist unmöglich, das Ausmass des illegalen Holzeinschlags in Kriegszeiten abzuschätzen, doch die Behörden schufen alle Voraussetzungen für eine Zunahme. Insbesondere ist die Kontrollbehörde – die staatliche Umweltinspektion – heute nicht mehr in der Lage, Forstinspektionen durchzuführen. Die Zivilgesellschaft hat den Zugang zu den früher verfügbaren Forstkarten, Einschlagsgenehmigungen und anderen Dokumenten über den Holzeinschlag verloren. In vielen Regionen wird den Bürger:innen der Besuch von Wäldern grundlos untersagt.

Geschützte Gebiete

Geschützte Gebiete machen nur 7 Prozent der Fläche der Ukraine aus. Von dem in der EU-Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt festgelegten Ziel von 30 Prozent sind wir noch weit entfernt. Die Einrichtung von Schutzgebieten in der Ukraine war langwierig und komplex, doch auch wenn der Prozess langsam war, ging er voran. Mit der russischen Invasion kam seine Expansion leider zum Stillstand. Die Behörden sehen keinen Sinn mehr darin, neue Schutzgebiete einzurichten oder das Smaragd-Netzwerk(2) zu erweitern, was von der Unternehmenslobby (Bergbau-, Forst- und Agrarindustrie) ohnehin vehement bekämpft wird. Eine weitere Gefahr für Naturgebiete besteht darin, dass sie umgepflügt werden, um neue landwirtschaftliche Nutzflächen zu gewinnen und so die starke Reduzierung des verfügbaren Landes in den Kriegsgebieten auszugleichen.

Anerkennung des Begriffs «Ökozid»

Die Delegation betonte auch, dass eine internationale Anerkennung des Ökozids als Straftatbestand erreicht und der Bereich «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» um diesen Begriff erweitert werden müsse. Der Internationale Gerichtshof ist bereits seit 2014 mit Klagen gegen die Ukraine wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit befasst. Um zu beweisen, dass es sich um Ökozid handelt, muss nachgewiesen werden, dass es eine umfassende Strategie zur Zerstörung der Lebensgrundlagen gibt. Yuliya Ovchynnykova erinnerte daran, dass das Konzept des Ökozids im ukrainischen Strafgesetzbuch existiert, was in den meisten Ländern nicht der Fall ist. Es wurden bereits zehn Fälle eingebracht, aber das Gesetz funktioniert nicht. Von entscheidender Bedeutung ist auch die Einrichtung einer internationalen Sonderermittlungsmission, deren Ziel es ist, die Umweltverbrechen zu dokumentieren und die Grundlage für eine zukünftige Entschädigung durch Russland zu schaffen. Bei dieser Arbeit wird die Beteiligung von Expert:innen der ukrainischen und internationalen Zivilgesellschaft unerlässlich sein.

Stopp der Atomenergie!

Um Energieversorgungskrisen im Rahmen des Wiederaufbaus nach dem Krieg zu begegnen, hat die Ukraine angekündigt, neun neue Atomreaktoren und einen kleinen modularen Reaktor bauen zu wollen. Angesichts der extremen Verwundbarkeit, die solche Kraftwerke in Kriegssituationen gezeigt haben,

ist diese Lösung im Vergleich zu dezentralen erneuerbaren Energiequellen äusserst riskant und kostspielig. Die erneuerbaren Energien sollten im Kampf um die Energiesouveränität bereits in der ersten Phase des ukrainischen Wirtschaftswiederaufbaus Priorität haben.

Die Landwirtschaft wird einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren in der Ukraine bleiben. Derzeit wird sie stark von sehr grossen, vor allem Getreide anbauenden und exportorientierten Unternehmen dominiert. Es ist wichtig, diesen Sektor zu ermutigen, seine Abhängigkeit von chemischen Inputs zu verringern und sich auf biologische Methoden zu verlegen. Darüber hinaus gibt es einen entscheidenden Agrarsektor, der allzu oft vergessen wird. Kleine und mittlere Betriebe (bis zu 100 Hektar) liefern den grössten Anteil von Gemüse, Kartoffeln und Milch, die von der Bevölkerung konsumiert werden (über 90 Prozent). Sie haben nie staatliche Unterstützung oder offizielle Anerkennung erhalten. Es muss sichergestellt werden, dass dieser Agrarsektor in künftigen Hilfsprogrammen berücksichtigt wird, damit er eine starke Unterstützung erhält. Langfristig werden widerstandsfähige, nachhaltige und dezentralisierte Agrar- und Ernährungssysteme eine wirtschaftlich tragfähige und erschwingliche Nahrungsmittelproduktion gewährleisten. Diese Systeme werden die wirtschaftliche Beschäftigung der ländlichen Bevölkerung sichern und die Voraussetzungen für die Wiederbelebung der ländlichen Gebiete und die nachhaltige Entwicklung der Agrarregionen schaffen.

Das Megaprojekt in Svydovets

Die Delegation betonte, wie wichtig es sei, umweltschädliche Grossprojekte, die bereits vor dem Krieg existierten, zu stoppen. Unter Ausnutzung des Krieges und der geringeren Aufmerksamkeit durch Aktivistinnen und Aktivisten wurde die Entwicklung zahlreicher zerstörerischer Projekte beschleunigt. Oreste del Sol, Landwirt im Karpatendorf Nischnje Selischtsche und Aktivist der Gruppe Free Svydovets, berichtete, dass der mit dem korrupten Oligarchen Ihor Kolomoysky verbundene Bauträger das Projekt eines riesigen Skigebiets im Svydovets-Gebirge in den ukrainischen Karpaten weiter vorantreibt.³ Doch noch nicht ist alles verloren.

Nicholas Bell*

* Dieser Text basiert auf dem Dokument «Krieg und Umwelt in der Ukraine – Stoppt den Ökozid, für einen grünen Wiederaufbau», welches von der Delegation verbreitet wurde und auf der EBF-Website www.forumcivique.org abrufbar ist.

1. Die Delegation wurde von mehreren Mitgliedern der «Ukraine Support Group» der Europäischen Kommission, von zehn Mitgliedern des Europäischen Parlaments, darunter Michael Gahler, ständiger Berichterstatter für das Assoziierungsabkommen Ukraine-EU, von den Ausschüssen für Auswärtige Angelegenheiten und für Nachhaltige Entwicklung der Nationalversammlung in Paris, von Vertreter:innen des französischen Ministeriums für den ökologischen Wandel sowie von französischen, belgischen und internationalen NGOs empfangen.

2. Das Smaragd-Netzwerk ist ein auf dem Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (Berner Konvention) basierendes Schutzgebietsnetz.

3. Siehe Archipel Nr. 265, 267, 284, 302, 308 und 317, verfügbar auf der Webseite des EBF www.forumcivique.org.

David gegen Goliath

Die kleine Gewerkschaft SOC-SAT im andalusischen Almeria kann einen Sieg gegen den Tomatenriesen Biosabor verbuchen und setzt sich gegen die Vertreibung von Slumbewohner:inne:n im Gebiet von Nijar ein.

Am 28. Oktober 2022 gewann die Gewerkschaft SOC-SAT eine Abstimmung für die Zusammensetzung des Betriebsrates unter den Beschäftigten einer Tochtergesellschaft des Bio-Tomatenriesen Biosabor. Dies ist kein Zufall, sondern ein grosser Sieg für eine Gewerkschaft, die tagtäglich versucht, die Rechte der Arbeitnehmer:innen in den Bio-Produktionsbetrieben im Plastikmeer von Almeria durchzusetzen – im Gegensatz zur Trägheit der Mehrheitsgewerkschaften, die geneigt sind, sich den Interessen der Unternehmensleitung anzupassen und die Arbeitnehmer:innenrechte nach unten korrigieren zu lassen. Der Kampf der kleinen Gewerkschaft SOC-SAT gegen den Titanen Biosabor ist ein wenig wie der Kampf von David gegen Goliath, denn der Tomatenproduzent ist alles andere als ein Neuling in der Branche: Mit über 500 Beschäftigten baut Biosabor grosse Flächen in Plastikgewächshäusern in den Provinzen Almeria, Granada und Murcia an und ist auch im Senegal und in der Dominikanischen Republik präsent. Die Produkte werden nach ganz Europa exportiert, um die Regale von Carrefour, Aldi, Lidl und Co. zu füllen. Der Umsatz des Unternehmens betrug 63.787.000 € im Jahr 2021.

Bio, aber unsozial

Die Anfänge des Epos gehen auf das Jahr 2017 zurück. Damals klopften wütende Arbeiter:innen aus Marokko und Subsahara-Afrika an die Türen der SOC-SAT, um ständige Verstösse gegen die Arbeitnehmer:innenrechte und schlechte Arbeitsbedingungen anzuprangern: Löhne unterhalb des Mindestlohns; Überstunden, die nicht vergütet werden; Pausen, die nicht eingehalten werden; die Dauer der Betriebszugehörigkeit, die wegen der systematischen, missbräuchlichen Verwendung von Zeitverträgen nicht anerkannt wird; Sonn- und Feiertage, an denen die Beschäftigten zwar arbeiten müssen, aber nicht entsprechend entlohnt werden; – ganz zu schweigen von den Arbeitstagen, die nicht vollständig in den Gehaltsabrechnungen erscheinen und also nicht bei der Sozialversicherung angemeldet werden. Insgesamt reichte die Gewerkschaft über 40 Anzeigen wegen Verstössen gegen das Arbeitsrecht bei der Arbeitsaufsichtsbehörde ein. Währenddessen brüstet sich Biosabor vor den lokalen Medien damit, unter den prestigeträchtigsten Labels zu produzieren: AB (Agriculture Biologique), BioSuisse, Bio-Siegel, EuroFeuille und Global Grasp. Der Hauptgeschäftsführer des Unternehmens, Francisco Belmonte, konnte zudem zahlreiche Auszeichnungen entgegennehmen wie den Preis «Empresas con valores 2017» der Triodos Bank (eine Auszeichnung, die «sozial engagierte» Unternehmen würdigen soll) und die «Goldmedaille von Andalusien 2019» für die Werte,

die das Unternehmen angeblich vertritt. Das Beispiel der Beschäftigten von Biosabor ist kein Einzelfall. Durch die Arbeit der SOC-SAT von Almeria konnte aufgedeckt werden, dass die Herstellung von Bio-Produkten in Almeria nicht unbedingt bedeutet, dass die Rechte und die Gesundheit der Beschäftigten respektiert werden. Dies gilt auch für andere Bio-Giganten.

Als am 28. Oktober die Stimmzettel ausgezählt wurden und die Vertreter:innen der SOC-SAT den Sieg über die «Union General de Trabajadores» (UGT) errangen, war dies für die kleine Gewerkschaft und ihre Mitglieder eine offizielle Anerkennung ihres täglichen und unermüdlichen Kampfes für die Verteidigung der Arbeiter:innenrechte. Serrigné*, einer der gewählten Delegierten, sagte zu diesem Anlass: «Als ich 2015 in den Konzern eintrat, bekam ich 4,50 Euro pro Stunde, jetzt bekomme ich 6,80 Euro pro Stunde, die Dinge laufen etwas besser, aber es gibt immer noch Verbesserungsbedarf.» Nach einem langen Kampf erhielt er 2020 seinen unbefristeten Arbeitsvertrag. Doch: «Wir haben immer noch keinen Anspruch auf bezahlten Urlaub oder Fahrtkostenzuschuss und die Feiertage, an denen wir arbeiten sollen, werden zum gleichen Satz wie die Wochentage bezahlt. Und dann haben sie zwar unseren Stundenlohn erhöht, auch wenn er immer noch unter dem Mindestlohn liegt, aber im Gegenzug setzen uns die Manager bei der Arbeit mehr unter Druck. Ich höre, wie sie den Angestellten sagen, dass sie das Tempo erhöhen sollen.» Serrigné hofft, mit der Unterstützung seiner Kolleg:inn-en einen Wandel herbeiführen zu können, und stellt fest: «Wir sind alle vereint, das ist unsere Stärke.» Der Planet «Bio» in der industriellen Landwirtschaft ist bis jetzt leider alles andere als ein Planet, auf dem es sich gut leben lässt.

die das Unternehmen angeblich vertritt. Das Beispiel der Beschäftigten von Biosabor ist kein Einzelfall. Durch die Arbeit der SOC-SAT von Almeria konnte aufgedeckt werden, dass die Herstellung von Bio-Produkten in Almeria nicht unbedingt bedeutet, dass die Rechte und die Gesundheit der Beschäftigten respektiert werden. Dies gilt auch für andere Bio-Giganten.

Als am 28. Oktober die Stimmzettel ausgezählt wurden und die Vertreter:innen der SOC-SAT den Sieg über die «Union General de Trabajadores» (UGT) errangen, war dies für die kleine Gewerkschaft und ihre Mitglieder eine offizielle Anerkennung ihres täglichen und unermüdlichen Kampfes für die Verteidigung der Arbeiter:innenrechte. Serrigné*, einer der gewählten Delegierten, sagte zu diesem Anlass: «Als ich 2015 in den Konzern eintrat, bekam ich 4,50 Euro pro Stunde, jetzt bekomme ich 6,80 Euro pro Stunde, die Dinge laufen etwas besser, aber es gibt immer noch Verbesserungsbedarf.» Nach einem langen Kampf erhielt er 2020 seinen unbefristeten Arbeitsvertrag. Doch: «Wir haben immer noch keinen Anspruch auf bezahlten Urlaub oder Fahrtkostenzuschuss und die Feiertage, an denen wir arbeiten sollen, werden zum gleichen Satz wie die Wochentage bezahlt. Und dann haben sie zwar unseren Stundenlohn erhöht, auch wenn er immer noch unter dem Mindestlohn liegt, aber im Gegenzug setzen uns die Manager bei der Arbeit mehr unter Druck. Ich höre, wie sie den Angestellten sagen, dass sie das Tempo erhöhen sollen.» Serrigné hofft, mit der Unterstützung seiner Kolleg:inn-en einen Wandel herbeiführen zu können, und stellt fest: «Wir sind alle vereint, das ist unsere Stärke.» Der Planet «Bio» in der industriellen Landwirtschaft ist bis jetzt leider alles andere als ein Planet, auf dem es sich gut leben lässt.

Geplante Vertreibung

Am 25. November 2022 demonstrierten etwa 300 Menschen von einem der Slums in der Gegend von Nijar (Almeria) in einem 17 Kilo-



Ein Sieg für die Gewerkschaft SOC-SAT: erste Besprechung des neuen Betriebsrates bei Biosabor. Foto: Joanna Moreno

meter langen Marsch, um die Gleichgültigkeit der Behörden gegenüber ihrer Not anzuprangern. Die Mobilisierung organisierte die SOC-SAT von Almeria, nachdem die Stadtverwaltung die Zerstörung von einem der grössten Slums der Stadt mit Namen «Walili» angekündigt hatte. Den Bewohner:innen war einfach eine Aufforderung zum Verlassen des Geländes zugestellt worden, ohne dass ihnen ein konkretes Umsiedlungsangebot gemacht worden wäre. Der Demonstrationzug, der sich vor dem Rathaus von Nijar versammelt hatte, wo die Sozialistin Esperanza Pérez Felices als Bürgermeisterin waltet, skandierte Slogans wie «Keine Räumung ohne Alternative», «Frau Bürgermeisterin, geben Sie uns eine Lösung», «Für menschenwürdige Wohnungen zu erschwinglichen Preisen» oder «Bosse, wir wollen Lösungen». Doch die Bürgermeisterin weigerte sich zunächst, die Bittsteller:innen zu empfangen.

In Nijar, dem neuralgischen Zentrum der Biogemüse-Produktion im Plastikmeer von Almeria, befinden sich allein 82 Slums, die meisten davon in der Nähe von den landwirtschaftlichen Betrieben, die ständig auf der Suche nach billigen Arbeitskräften sind, um in den Gewächshäusern Tomaten, Paprika und Auberginen ernten zu lassen. Die Bevöl-

kerung dieser Slums besteht vor allem aus Männern marokkanischer oder schwarzafrikanischer Herkunft, aber auch einige Frauen sind darunter. Alle sind auf der Suche nach Arbeit und/oder warten darauf, ihre Situation legalisieren zu können.

Halbherzig und ungenügend

Auf ausdrücklichen Wunsch der SOC-SAT von Almeria empfing schlussendlich die Bürgermeisterin einige Tage später José García Cuevas, den Sprecher der Gewerkschaft, zusammen mit einem Dutzend der Bewohner:innen in einem städtischen Pavillon. Angesichts von deren Besorgnis erklärte Esperanza Pérez Felices, dass den Bewohner:innen in Kürze eine Unterbringungsmöglichkeit mitgeteilt werden würde. Laut der Gewerkschaft handelt es sich um zwei Hangars mit einer Gesamtkapazität von 60 Wohnungen, wobei jede Wohnung 30 Quadratmeter gross ist und zwei Personen aufnehmen kann. Die Bürgermeisterin fügte hinzu: «Die künftigen Bewohner und Bewohner:innen müssen nachweisen, dass sie arbeiten und uns den Namen ihres Arbeitgebers mitteilen», und sie betonte: «Diese Hangars werden keine Personen mit illegalem Status aufnehmen.»

Der Sprecher der Gewerkschaft erklärte, dass die Mehrheit der Menschen, die hier leben, Sans Papiers seien. «Ausserdem», so der Sprecher, «gilt die Unterbringungslösung nur für insgesamt 120 Personen, während im Slum von Walili etwa 500 Menschen leben». Angesichts dieser halbherzigen Lösung schlug José García Cuevas den Bewohner:innen vor, bald einen Tag zu organisieren, um die Formulare für die Beantragung von Unterkünften auszufüllen. Eine nächste Mobilisierung, um «eine echte und tragfähige Lösung» für die Slumbewohner:innen im gesamten Gemeindegebiet von Nijar zu fordern, ist im Gespräch.

Die Räumungsanordnung ist nicht die einzige Plage, mit der die Bewohner:innen von Walili konfrontiert sind. Walili gehört zu den Slums, die in den Jahren 2020 und 2021 am stärksten von Bränden betroffen waren, ebenso wie «Paula» und «Atochaes», die sich in derselben Umgebung befinden.

Joanna Moreno,
SOC-SAT Almeria

*Vorname geändert.



POLEN/BELARUS

In den polnischen Wäldern

Selbsterklärtes Ziel der EU: die Bekämpfung von Migration. Besonders deutlich wird dies zurzeit an der polnisch-belarussischen Grenze. Fünf Aktivist:inn-en aus der Schweiz sind diesen Winter für mehrere Wochen in die Region gefahren, um die Situation vor Ort kennenzulernen und lokale Strukturen bei ihrer Arbeit in den Wäldern zu unterstützen. Wie brutal die Auswirkungen der Politik Brüssels und Berns sind, zeigt der folgende Bericht.

Viele Wege führen nach Europa. Dieser Satz hat in seiner Schlichtheit einen bitteren Beigeschmack. Die Routen, welche tausende «People on the Move» auf ihrer Suche nach Sicherheit oder Perspektiven über unterschiedliche Kontinente bis an die europäischen Aussengrenzen meistens zu Fuss zurücklegen, verändern sich fast mit jedem Jahr. Dabei werden die Wege immer länger und gefährlicher und die Gewalt, der die Menschen begegnen, immer brutaler und systematischer. Die Entwicklungen entlang der Routen ähneln dabei einem Katz-und-Maus-Spiel: Haben Menschen einen Weg nach Europa gefunden, der noch nicht von Frontex oder lokalen Grenzbeamten

überwacht wird, dauert es nicht lange, bis die EU neue Massnahmen für ebendiese Region verspricht. Mehr Grenzbeamten, stärkere Kontrollen, intensivierete Überwachung – diese Herangehensweise wird von Brüssel über Bern bis Paris als «Lösung» angesehen. Dabei ist sie das keinesfalls.

Eine Lösung soll gemeinhin die Bewältigung einer herausfordernden Situation mit sich bringen. Was jedoch seit Jahren an den EU-Aussengrenzen passiert, ist eine Verlagerung der Umstände – keine Wahrnehmung von Verantwortung. Während vor ungefähr zehn Jahren Menschen hauptsächlich versuchten, die griechischen Inseln und Italien zu erreichen, und sich dort in Sicherheit

wähnten, gab es einige Jahre später eine Verschiebung auf die sogenannte Balkanroute (wie zurzeit die Situation in Bosnien und Kroatien aussieht, ist in der letzten Ausgabe des Archipels von Dezember 2022 zu lesen). Mittlerweile berichten Menschen, die es nach Europa geschafft haben, von neuen Routen. So versuchen zum Beispiel immer mehr Menschen, über die Kanaren einzureisen. Oder, seit letztem Jahr vermehrt, über Länder wie Polen, Litauen und Lettland. Da, wo noch kein Mili-

tär hin delegiert und noch kein Stacheldraht errichtet wurde, entstehen alternative Wege – durch undurchdringliche Wälder, weitläufige Sümpfe, eisige Flüsse, über stürmische See. Was in den Medien berichtet wird, ist nicht allein die Beschaffenheit der Routen, sondern die drastische Zunahme an auf der Flucht verstorbenen Menschen und Vermissten. Es zeigt sich deutlich: Menschen hören nicht auf zu migrieren, stattdessen werden die Reisen länger und die Routen gefährlicher.

Migration wird gefährlicher

In der polnisch-belarussischen Grenzregion sind die Entwicklungen des letzten Jahres bezeichnend für die gesamteuropäische Migrationspolitik. Seit im August 2021 einer Gruppe von 32 Menschen aus Afghanistan und dem Irak bei Usnary Górný zwischen Polen und Belarus, bewacht von einem Militäraufgebot, die Einreise und damit das Recht, Asyl zu beantragen, verwehrt wurde, ist die Route durch die polnischen Wälder und Sümpfe zu einem der gefährlichsten Landwege geworden.

Mitte November 2021 wurde der erste tote Körper, der eines 19-jährigen Syrers, in den Wäldern gefunden. Diese Nachricht liess nur erahnen, was darauf folgen sollte. In den letzten 14 Monaten ist die Zahl auf 27 bestätigte Todesfälle gestiegen. Mehr als 190 Menschen gelten als vermisst. Was in den belarussischen Wäldern geschieht, ist kaum bekannt. Die Risiken, die «People on the Move» zu bewältigen haben, sind zahlreich. Eine der grössten Herausforderungen sind die langen, kalten Winter. In der polnischen Region Podlachien fallen Temperaturen in den Wintermonaten bis auf minus zwanzig Grad. Kaum einer der Menschen, die versuchen das Gebiet zu durchqueren, ist für diese Wetterverhältnisse ausgerüstet. Mehrere Tage im Wald zu verbringen ist mit warmer Kleidung schon schwierig, doch viele Menschen kommen durchnässt und erschöpft in Polen an. Um über die Grenze zu gelangen, durchqueren «People on the Move» den Grenzfluss Bug oder waten durch die undurchsichtigen Sümpfe. Unterkühlung ist Todesursache Nummer eins. Wer den reissenden Fluss zu vermeiden versucht, gräbt sich unter der 186 Kilometer langen Stahlkonstruktion durch, die Polen diesen Herbst fertiggestellt hat, oder versucht deren fünf Meter Höhe zu überwinden. Die dadurch verursachten Knochenbrüche oder Verstauchungen hindern die Menschen an einer schnellen Weiterreise. Die Folge: noch mehr Nächte in den eiskalten Wäldern.

In der Zeit, die es braucht, um den Wald zu durchqueren, haben Menschen kaum Zugang zu Nahrung und Wasser. Im Sommer, wenn Pilze, Pflanzen und Beeren zu finden sind, steigt die Anzahl der Lebensmittelvergiftungen. Die einzige Wasserquelle sind dann Sümpfe oder verschmutzte Pfützen. Im Winter gibt es weder das Eine noch das Andere. Neben den naturgegebenen Risiken existieren vor allem menschengemachte Gefahren. Was von anderen Grenzregionen bekannt ist, passiert auch an der polnisch-belarussischen Grenze. Menschen in den Wäldern von Polen werden von Grenzbeamt:innen aufgespürt, geschlagen, getreten und anderer physischer Gewalt ausgesetzt, bevor sie über die Grenze zurück nach Belarus gezwungen und dort in

den Wäldern zurückgelassen werden. Ihnen werden Telefone, Geld und Kleidung geraubt und zerstört. Neben der körperlichen Gewalt erfahren Menschen auf der Flucht viel psychische Gewalt von staatlicher Seite. Das Ziel: Menschen dazu zu bringen, von einer erneuten Grenzüberquerung abzusehen. Auf belarussischer Seite werden die Betroffenen dann wiederum gezwungen, die Grenze zu Polen erneut zu überqueren.

Stacheldraht statt Solidarität

So wie die Knochenbrüche oder Schnittverletzungen in den podlasischen Wäldern Resultat von Polens Stacheldraht sind, so sind die gefährlichen Migrationsrouten Ergebnis einer europäischen Politik, die seit Jahren sichere Korridore nach Europa schliesst und stattdessen ihre Grenzen immer weiter externalisiert, Überwachungssysteme ausbaut und Grenzzaun um Grenzzaun errichtet. Über 1000 Kilometer davon stehen an EU-Aussengrenzen: Als Reaktion auf die Migrationsbewegungen 2015 errichtete Ungarn einen vier Meter hohen Zaun mit Betonfundament, Stahlgestänge und NATO-Draht-Krönung an seiner Grenze zu Serbien. Die Idee war nicht neu: In Ceuta und Melilla, den nordafrikanischen Enklaven Spaniens, wurden bereits 2006 im Rahmen der Frontex-Mission Hera massive Grenzzäune aufgezogen. Auch an der griechisch-türkischen Grenze und der bulgarisch-türkischen Grenze waren bereits seit 2012 bzw. 2014 Zäune befestigt. Und seither bauten Frankreich, Litauen sowie auch Polen weitere Grenzzäune. 5,5 Meter hoch und 187 Kilometer lang ist der Grenzzaun aus Stahl und Nato-Draht an der polnisch-belarussischen Grenze. Gekostet hat er 336 Millionen Euro. Und der Grenzzaun wird stetig ausgebaut: Erst im November 2022 wurden Bewegungsmelder und Wärmebildkameras installiert.

Grenzbeamt:innen, Polizei und auch das Militär patrouillieren in der Gegend. Sie stoppen Fahrzeuge, fragen nach Gründen des Aufenthalts und überprüfen in langen Prozeduren Identitäten von Personen. Auch Patrouillen der freiwilligen Armee WOT sind bewaffnet in den Wäldern unterwegs – lediglich ein sechzehntägiges Training ist dafür notwendig. Die knapp 200 Ortschaften umfassende Sperrzone, welche die polnische Regierung im September 2021 errichtete, wurde inzwischen aufgelöst. Doch ist es nach wie vor verboten, sich dem Grenzzaun näher als 200 Meter zu nähern. Überwachung, Polizei, Kontrolle – das ist Polens Antwort nicht nur an dessen Aussengrenzen, sondern auch im Innern des Landes. Wer in Polen ein Asylgesuch stellt, wird in einem sogenannten «Detention Center» (deutsch: Haftanstalt) eingesperrt – bis zur Dauer von 18 Monaten. In diesen Zentren, von denen es in Polen insgesamt sechs gibt, herrschen gefängnisähnliche Zustände: Es gibt immer wieder Berichte von Gewaltanwendungen durch Wärter:innen. Es fehlt an medizinischer und psychologischer Unterstützung; Menschen von aussen haben nur erschwert Zugang. Auch der Platz ist beschränkt: Zeitweise hatte jede Person nur 2 Quadratmeter zur Verfügung.

Wie die Gewalt gegen «People on the Move» in den podlasischen Wäldern bleibt auch vieles, was in den «Detention Centers»

passiert, undokumentiert: Nur Handys ohne Kamerafunktion sind erlaubt.

Scheinheiligkeit par excellence

Menschen in geschlossenen Haftanstalten einzusperren und staatliche Grenzen mit Überwachungstechnologie aufzurüsten, löst die herrschenden Ungerechtigkeiten und Probleme der heutigen Zeit nicht. Die Milliarden, die in eine Politik gesteckt werden, die zu Gewalt statt Sicherheit führt, könnten andernorts einen weitaus sinnvolleren Beitrag leisten. Plätze für eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden oder die Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen wären nur zwei von vielen Möglichkeiten.

Denn eine solidarische Migrationspolitik ist möglich. Bereits heute wird viel unternommen, auch an der polnisch-belarussischen Grenze: «People on the Move» setzen sich dort täglich über die Abschottungspolitik hinweg. Und ein Netzwerk von polnischen Aktivist:inn:en und Kollektiven organisiert die Unterstützung der Menschen nach der Grenzüberquerung. Über eine Notfallnummer informieren «People on the Move» die Unterstützungsstrukturen über ihren Standort. Aktivist:inn:en packen daraufhin Rucksäcke mit dem benötigten Material und fahren mit dem Auto in den Wald. Zu Fuss, unbeobachtet von Grenzbeamt:innen, machen sie sich auf die Suche nach den Menschen und bringen ihnen, was sie brauchen: z.B. heissen Tee und Suppe, Thermounterwäsche und gute Schuhe, Schmerzmittel. Und so finden sich in den östlichen Wäldern Polens immer wieder neue Momente und Orte des Widerstands.

Elena Weigel,
Aktivistin



Immer der gleiche Film*

In der Türkei hat die derzeitige Regierung gerade ihren zwanzigsten Jahrestag gefeiert. Diese zwanzig Jahre anhand anderer Jahrestage in diesem Land genauer zu betrachten, hilft, die aktuellen Ereignisse besser zu verstehen – von der Explosion am 13. November 2022 in Istanbul, den Aggressionen gegen die Kurdinnen und Kurden bis hin zu den Repressionen, denen die Opposition ausgesetzt ist.

Das folgende geschah vor der aktuellen Regierung: 1998 wurde ich von der türkischen Polizei festgenommen als ich eine Forschungsarbeit über die kurdische Bewegung durchführte. Ziel war es, mich dazu zu zwingen, die Namen meiner Gesprächspartner_innen preiszugeben. Ich weigerte mich. Die Folter dauerte Tage und Nächte. Ich weigerte mich. Schliesslich warfen sie mich – inzwischen in einem schrecklichen Zustand – ins Gefängnis. Dort traf ich mehrere Frauen, die gefoltert und vergewaltigt wurden. Hätte ich gewusst, dass es damals 35.000 politische Gefangene gab und dass systematisch gefoltert wurde, hätte ich besser verstanden, warum ich zweieinhalb Jahre lang mit den Schreien der gefolterten Frauen verbracht habe.

Am 19. Dezember 2000 gab es die «Operation Rückkehr ins Leben», ein mörderisches Vorgehen gegen politische Gefangene, die in einen Hungerstreik getreten waren. Der Staat zielte auf unsere völlige Isolation ab. Es war ein Massaker. Ich habe meine Freundinnen und Freunde sterben sehen und ihre Schreie im Feuer gehört. Das war vor der jetzigen Regierung. Am 22. Dezember 2000 wurde ich aus dem Gefängnis entlassen, nicht aber aus dem falschen Film, der mich heute dazu zwingt, im Exil zu leben. Trotz vier Freisprüchen lebe ich seit 24 Jahren unter der Bedrohung einer lebenslangen Haftstrafe. Mein Prozess spiegelt sowohl die Kontinuität des autoritären Regimes in der Türkei als auch die Muster der repressiven Vorgehensweisen wider.

Durch Vernichtung entstanden

Im Jahr 2022 jährte sich zum hundertsten Mal die Kleinasiatische Katastrophe¹, die, historisch gesehen, dem Massaker und der erzwungenen Ausreise von mehreren Hunderttausend Griech_inn-en entspricht. Parallel dazu war der hundertste Jahrestag des Vertrages von Lausanne, der Kurdistan in vier Teile zerschnitten hatte. Der nationalistische und militaristische türkische Nationalstaat, der aus dem Völkermord an den Armenier_inne-n und den Massakern an Griech_inn-en und Kurd_inn-en hervorgegangen war, festigte seine Legitimität mithilfe einer mythologisch-religiösen Sprache.

Erst nach dem dritten Militärputsch von 1980 führte der Widerstand der kurdischen Bewegung zu einer grenzüberschreitenden Volksbewegung und

einem Krieg, der bis heute anhält. Darüber hinaus veränderten das Aufkommen und die Konvergenz neuer sozialer Bewegungen die Art und Weise der Mobilisierung: Die feministische, ökologische, antimilitaristische und LGBT-Bewegung bildeten den neuen Zyklus der Proteste, der sich durch einen widerständigen Pazifismus auszeichnete.

Sobald ich aus dem Gefängnis entlassen worden war, wurde ich Zeugin eines revolutionären Klimas und der gleichzeitigen Verschärfung der Repression. Seit 1992 wurden etwa 2000 Intellektuelle und Aktivist_innen getötet. Unter der Ausnutzung des Krieges gegen das kurdische Volk strukturierte sich der Staat zunehmend. Der Nationale Sicherheitsrat, der vom Militär gebildet wurde, zwang der Regierung seine eigene Agenda auf. Dennoch ging die Revolution von unten weiter. Im Jahr 2002 betrat dann die neokonservative und neoliberale «Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung» (AKP) mit Unterstützung des Westens die Bühne. Ihr Versprechen war es, einen wirtschaftli-



chen und politischen Liberalismus einzuführen, der sich auf einen muslimisch geprägten Konservatismus stützt.

Enttäuschte Hoffnung

Als sie an die Macht kam, stellte sie die Herrschaft des türkischen Nationalen Sicherheitsrats in Frage, näherte sich der EU an und zeigte sich in der Armenier- und Kurdenfrage dialogbereit. Auch wenn sie mit neo-osmanischen Plänen vermischt waren, weckten diese Imageänderungen in den ersten Jahren ihrer fünfjährigen Amtszeit Hoffnungen in Europa. Doch unter dem Zusammenspiel vielfältiger Faktoren im Zusammenhang mit transnationalen wirtschaftlich-politischen Allianzen scheiterte die neo-osmanische Politik im Nahen Osten und schwächte die AKP. Die kleinen Öffnungen schlossen sich daraufhin schnell wieder.

Am 19. Januar 2007 wurde Hrant Dink, ein armenischer Journalist, der die Anerkennung des Völkermords an den Armenier:innen forderte, ermordet. Im Jahr 2009 verließ ich die Türkei, nachdem der Oberste Gerichtshof meine Verurteilung zu einer lebenslangen Haftstrafe gefordert hatte. Die soziale Mobilisierung ging jedoch unvermindert weiter. Die Gezi-Proteste im Jahr 2013, die von den internationalen Medien als «türkischer Frühling» bezeichnet wurden, brachten die Revolution von unten, die im Gange war, ins Rampenlicht. Bis dahin hatte der Staat diese Dynamik nicht wahrgenommen. Doch jetzt meldete sich der «tiefe Staat» zurück und die AKP reagierte, indem sie sich mit den Grauen Wölfen verbündete. Die Türkei trat damit in eine besondere Phase ihrer Geschichte ein, die von wirtschaftlicher, rechtlicher und sozialer Deregulierung geprägt ist.

Die kurdische Demokratiebewegung wurde äusserst brutal angegriffen. Ihre Abgeordneten und Bürgermeister:innen wurden inhaftiert, die Rathäuser beschlagnahmt. Massenhafte Verfolgungen, Ermordungen, endlose Prozesse, Inhaftierungen ohne Anklage, Verurteilungen aufgrund von unsichtbaren

Zeug:innen waren an der Tagesordnung. Dabei wurden kurdische Feministinnen besonders ins Visier genommen. Im Januar 2020 gab es in der Türkei etwa 80.000 politische Gefangene: Aktivist:innen, Journalist:innen, Künstler:innen, Anwält:innen, Schriftsteller:innen, Akademiker:innen, Abgeordnete und Bürgermeister:innen ... Können Sie sich ein Land vorstellen, das all diese Menschen einsperrt?

Beispielsweise wurden 2022 acht Intellektuelle, Kunstschaffende und Friedensaktive entweder zu lebenslanger Haft oder zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie – laut Anklage – durch die angebliche Organisation der Gezi-Proteste versucht hätten, die Regierung zu stürzen. Und als Sebnem Korur Fincanci, die Präsidentin der nationalen Ärztekammer, mit Videos auf chemische Bomben aufmerksam machte, die der türkische Staat gegen die Kurd:innen einsetzt, landete sie im Gefängnis. Eine staatliche Strategie des Chaos und der Spannung hat sich entfesselt, die von einem übersteigerten Nationalismus begleitet wird. Dieses Klima verhindert ein mögliches Wahlbündnis zwischen Kurd:innen und Kemal:innen. Die angeschlagene Regierung spielt ihr düsteres politisches Repertoire durch.

Positionierung der westlichen Länder

Der Anschlag in Istanbul am 13. November 2022 war ein Vorbote des Schlimmsten. Ich verfolgte diesen Horror mit kaltem Schaudern. Nachdem die türkischen Behörden sofort die Kurd:innen als Schuldige ausgemacht hatten, starteten sie die Luftoperation «Schwertkralle» im Nordirak und in Syrien und setzten dabei verstärkt chemische Waffen ein. Dabei töteten sie dutzende Menschen – gerade jene, die gegen den sogenannten «Islamischen Staat» (IS) gekämpft hatten. Mit dem grünen Licht Russlands und dem komplizierten Schweigen der Europäischen Gemeinschaft, die versucht, ihre kurzfristigen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen zu retten, vervielfacht die türki-

sche Regierung ihre Aggressionen, begleitet von der Ermordung von Aktivist:innen und Intellektuellen. Die gezielte Ermordung der feministischen Journalistin Nagihan Akarsel zeigt, dass auch Exilierte nicht sicher sind. Aufgrund ihres Engagements war sie jahrelang in der Türkei im Gefängnis gewesen und emigrierte in den Irak. Am 4. Oktober 2022 wurde sie vor ihrem Haus in Irakisch-Kurdistan erschossen. Feministische Gruppen und ihre Arbeitskolleg:innen machen den türkischen Geheimdienst für den Anschlag verantwortlich. Auch in Europa sind die türkischen Dienste sehr aktiv.

Der Verlauf des Jahres 2023 ist absehbar. Anlässlich von wichtigen Wahlterminen wird es zu neuen Explosionen oder Anschlägen kommen – organisiert von «Unsichtbaren». Die Ermittlungen werden nie abgeschlossen, genau wie bei der Verschwörung, der ich zum Opfer gefallen bin.

In diesem Jahr wird das 100-jährige Bestehen der Republik Türkei gefeiert, wobei der kemalistische Nationalismus verherrlicht wird. Auch wenn die sozialen Bewegungen in diesem Land wie Pflanzen sind, die aus dem Beton wachsen, ist die Kluft zwischen ihren Ressourcen und denen der Machthaber grausam. Solange die westlichen Länder keine klare Position gegen diese Verbrechen beziehen, wird die Türkei nicht aus dem Tunnel des Grauens herauskommen, in dem sie gefangen ist. Europa muss das Schweigen brechen!

Pinar Selek,
Soziologin und Schriftstellerin

1. Als Griechisch-Türkischer Krieg werden die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Königreich Griechenland und dem anatolischen Teil des im Ersten Weltkrieg zerschlagenen Osmanischen Reiches in den Jahren 1919 – 1922 bezeichnet. In Griechenland wurde die Niederlage gegen die Türken als «Kleinasiatische Katastrophe» wahrgenommen, aus türkischer Sicht wird das Massaker hingegen als Sieg im Türkischen Befreiungskrieg bezeichnet.

* Artikel auf Französisch erschienen am 12. Dezember 2022 auf Pinar Seleks Blog www.blogs.mediapart.fr/pinar-selek.

Dezember 2022: Drei kurdische Menschen in Paris ermordet

Die Opfer sind: Emine Kara, eine wichtige Verfechterin der kurdischen Frauenbewegung in Frankreich, der kurdische Sänger Mîr Perwer, ein politischer Flüchtling, und ein älterer Mann, der sein Leben der Verteidigung der kurdischen Sache gewidmet hatte.

Der Täter war ein französischer Rechtsextremist und Rassist. Er griff die Menschen in einem kurdischen Kulturzentrum und Restaurant sowie in einem kurdischen Coiffeursalon an.

Die Solidaritätskollektive mit Pinar Selek meldeten sich sofort nach der Tat zu Wort:

«(...) Wir möchten unsere Angst und unseren Zorn zum Ausdruck bringen. Angst, dass die französischen Behörden diesen Terrorakt nicht vollständig aufklären werden, wie es bei der Ermordung von drei kurdischen politischen Aktivistinnen am 9. Januar 2013 durch einen türkischen Geheimdienstmitarbeiter der Fall war. Zorn auf die französische Regierung, die Emine Kara das politische Asyl verweigerte, obwohl sie in Syrien gegen Daesh gekämpft hatte. Wut auf die aufeinanderfolgenden Regierungen, die seit mindestens 15 Jahren weder die kurdische Gemeinschaft noch die Gesamtheit der Exilant:innen und Geflüchteten aus der Türkei schützen.

(...) Auch die Wahl des Zeitpunkts der Tat an einem Treffen der kurdischen Feministinnen in Frankreich, welche die Gedenkfeiern zum 9. Januar 2013 vorbereiten sollten, ist kein Zufall. Es handelt sich um eine politische Tat, die in den Bereich des Terrorismus und nicht nur in denjenigen des Rassismus fällt. Auch wenn es sich «nur» um einen rassistischen Mord handeln sollte, spricht nichts gegen die Annahme, dass der rassistische Mann womöglich von den Grauen Wölfen gelenkt wurde, die in Frankreich und ganz Europa zu Spezialisten für Manipulationen und politische Anschläge geworden sind. Sie zielen in erster Linie auf kurdische Aktivist:innen ab, die den transnationalen Kampf gegen nationalistische und autoritäre Regime symbolisieren und verkörpern.

(...) Auch heute hat sich in Frankreich nichts geändert, obwohl die Unterdrückung des kurdischen Volkes in der Türkei und ausserhalb der Türkei noch nie so stark war. Auch heute schweigt Frankreich, um Erdogan nicht zu missfallen.»

Riace – Neues zum Prozess

Im November 2022 erhielt Domenico Lucano, der ehemalige Bürgermeister von Riace, im Rathaus von Marseille die Ehrenmedaille der Stadt und teilte uns bei dieser Gelegenheit sein Erstaunen und seine Bitterkeit mit: Während er diesseits der Alpen (und im Rest der Welt) wie ein Held angesehen ist, wird er in seinem eigenen Land wie ein Verbrecher behandelt.¹

Im letzten Dezember habe ich mich mit einer Prozessbeobachterin getroffen, um sie nach dem Stand der juristischen Wechselfälle rund um Riace zu fragen, und während dieses Gesprächs² konnte ich die Tragweite von Lucanos Behauptung besser verstehen.

Zunächst zur Erinnerung: Das Gericht der ersten Instanz verurteilte Domenico Lucano Ende September 2021 zu 13 Jahren und zwei Monaten Gefängnis, was fast doppelt so viel war wie die vom Staatsanwalt geforderte Strafe von sieben Jahren. Eine sehr bizarre Angelegenheit. Insgesamt wurden die Angeklagten von Riace zu mehr als 80 Jahren Haft und zu mehr als einer Million Euro verurteilt. Ausserdem verbot ihnen das Gericht, in den nächsten fünf Jahren ein öffentliches Amt zu bekleiden. Diese völlig überzogenen Strafen lösten nicht nur in Italien, sondern weltweit Empörung aus. So entstand u.a. ein Dokument im Namen von mehr als 150 Rechtsprofessor:innen, in dem sie ihre Verwunderung über dieses Urteil und die Ablehnung dieses Prozesses im Allgemeinen zum Ausdruck brachten. Es blieb der Eindruck zurück, dass es sich um einen politischen Prozess handelte, der zum Ziel hatte, das Modell des Empfangs von Geflüchteten in Riace endgültig zu zerstören.

Die 900-seitige Begründung des Gerichtsurteils, die drei Monate nach der Urteilsverkündung veröffentlicht wurde, ist vollgespickt mit vernichtenden moralischen Urteilen über die Person Lucanos, so als ob die Richter den Angeklagten als ihren persönlichen Feind angesehen hätten. Das ist in einem Gerichtsverfahren mehr als fraglich: Statt über die Fakten wurde über die Person geurteilt. Auf diesen 900 Seiten wird behauptet, Lucano habe Mittellosigkeit nur vorgetäuscht, um bei seinem humanitären Publikum glaubwürdiger zu wirken, seine Ideale seien falsch, sein einziges Ziel sei es, seinen masslosen politischen Ehrgeiz zu befriedigen, und so weiter und so fort. All dies wird behauptet, obwohl keinerlei illegale Gelder entdeckt wurden, die eine persönliche Bereicherung belegt hätten, und obwohl Domenico Lucano während des Prozesses das Angebot ausschlug, bei den Europawahlen zu kandidieren, was ihm Geld und Immunität eingebracht hätte. Er wollte in Riace bleiben, weiterhin Menschen auf der Flucht aufnehmen und seinen Traum, seine Utopie weiterleben lassen.

Das Berufungsverfahren begann im Mai 2022 und zwar mit einer verwirrenden und beunruhigenden Geschwindigkeit, angesichts der sonst üblichen Langsamkeit der italieni-

schen Justiz. Am 30. November fand dann die vierte Sitzung statt, doch bereits in der vorhergehenden im Oktober hatten die Staatsanwälte die Anklageschrift vorgestellt. Dabei wiederholten sie die Anklage der «kriminellen Vereinigung», die schwerwiegendste aller Anklagen, obwohl sie zuvor von der Verteidigung neue entlastende Beweise und Fakten für die Untersuchung erhalten hatten. In den Augen der Staatsanwaltschaft erforderten die angeblichen Straftaten in Riace eine Synergie, die nur im Rahmen einer methodischen



Pasolini: Seine Stimme fehlt im heutigen Italien! Foto: B. Burolet

und gut vorbereiteten Organisation hätte entstehen können – ein Gedanke, der wohl all diejenigen, die Riace und dessen fröhliches mediterranes Chaos kennen, zum Schmunzeln bringen dürfte.

Ein Abakus

Bei den Forderungen in der Berufungsverhandlung wurden die im ersten Urteil verhängten Strafen hie und da abgemildert. Lucanos Strafe soll von 13 Jahren und zwei Monaten auf 10 Jahre und 5 Monate herabgesetzt werden, was im Wesentlichen dem Durchschnitt zwischen der ursprünglichen Forderung des Staatsanwalts (7 Jahre) und dem Urteil der ersten Instanz entspricht. Als ob die Justiz ein Abakus wäre!

Am 30. November 2022 begannen die Verteidiger:innen mit ihren Plädoyers: zuerst für die Angeklagten, die wegen kleinerer Vergehen angeklagt sind, und zuletzt, bei den nächsten Sitzungen, wird die Verteidigung das Wort für Lucano ergreifen. Das Berufungsurteil wird für Februar/März 2023 erwartet.

Natürlich ist es angesichts der politischen Lage in Italien mit seiner neuen rechtsextremen Regierung sehr schwierig, optimistisch über den Ausgang des Verfahrens zu sein. Die Kriminalisierung von Geflüchteten und ihren Unterstützer:innen sowie die Abschottung

des Landes sind traurigerweise an der Tagesordnung, mit Auswirkungen, die über Italien hinausgehen und die auch in den internationalen Medien bekannt sind. Die heutige italienische Politik, die an allen Fronten der Krise – Wirtschaft, Energie, Gesundheit usw. – machtlos ist, zielt mehr denn je darauf ab, die Migration zum Sündenbock für alle Übel zu machen. Matteo Salvini wurde zum Infrastrukturminister (und damit für die Häfen) ernannt. Von diesem Posten aus geifert er mit rassistischen Äusserungen gegen die verzweifelten Bootsflüchtlinge und diffamiert deren Retter:innen.

Domenico Lucano ist bekanntlich sein Erzfeind. Statt Hass und Barrieren hatte dieser in seinem Dorf solidarische Aufnahme- und Integrationsmöglichkeiten für die Gestrandeten aufgebaut. Deswegen soll sein Ruf zerstört werden und deshalb will man ihn einsperren. Wieviele Instanzen wird es brauchen, um Gerechtigkeit zu erlangen?

Barbara Vecchio

1. Siehe Archipel Nr. 320, Dezember 2022, «Und was ist mit Riace?».

2. Zu hören (auf Französisch) auf Radio Zinzine: www.zinzine.domainepublic.net/?ref=7696

Protest- und Umwälzbewegung

In Bandar Anzali, einer kleineren Stadt am iranischen Ufer des Kaspischen Meers, wurde ein junger Autofahrer, nachdem er durch Hupen an den Freudenbekundungen über die Niederlage des eigenen Landes bei der Fussball-Weltmeisterschaft teilgenommen hatte, am selben Abend durch die «Sicherheits»behörden erschossen.

Der klare Jubel über das Unterliegen der «eigenen» Mannschaft drückt vor allem einen Gedanken aus: Von den Herrschenden im eigenen Land trennt uns unendlich viel mehr, als wir mit ihnen gemeinsam hätten.

Der junge Mann war einer von rund 475 Menschen¹, die seit Ende September 2022 aus politischen Gründen, aufgrund von Unmutsbekundungen im Zusammenhang mit der laufenden Protestbewegung im Iran vom Staatsapparat zu Tode kamen. Daneben wurden im selben Zeitraum rund 18.000 Menschen festgenommen. Die erste Vollstreckung eines Todesurteils, das in diesem Zusammenhang ausgesprochen wurde, fand am 8. Dezember in Teheran statt.

Die derzeitige Protest- oder Umwälzbewegung begann in der zweiten Septemberhälfte, nachdem am 16. September der Tod der drei Tage zuvor in Teheran festgenommenen 22jährigen iranisch-kurdischen Studentin Mahsa Amini bekannt geworden war. Über die Verstorbene wurde bekannt, dass ihre Familie ihr den kurdischen Namen Jina geben wollte, ihr dies jedoch durch die Behörden verboten wurde. Die so genannte Moralpolizei – auf Persisch «Gascht-e ershad», ungefähr «Orientierungspatrouillen» – hatte die junge Frau am 13. September aus einem Auto im Stadtverkehr herausgegriffen, weil sie ihr Haupthaar angeblich in der Öffentlichkeit nicht züchtig genug verhüllt hatte.

Aufgrund der aufflammenden Proteste, die nach der Veröffentlichung des «Falls» Jina Amini² im ganzen Iran ausbrachen, geriet das Regime massiv unter Druck. Am 3. Dezember verkündete Generalstaatsanwalt Mohammed Dschafar Montazeri bei einer Pressekonferenz, die Sittenpolizei sei angeblich «aufgelöst». Dies stellt ein symbolisches Zugeständnis dar, wurde aber auf breiter Front mit Misstrauen aufgenommen, und dies zu Recht. Dies löst natürlich als solches keines der Probleme. Die formal aufgelösten Einheiten von «Gascht-e ershad» waren nur eine unter mehreren Strukturen, die den offiziellen Auftrag hatten bzw. haben, notfalls mit Gewalt und Zwang durchzusetzen, was die Regimeideologie als allgemeinverbindliche Moral definiert.

Autoritäre Remoralisierung

Diese Struktur wurde 2005 unter dem damals frisch gewählten Mahmud Ahmedinedjad gegründet. Doch den Verhüllungszwang für Frauen verkündete der ideologische Anführer der so genannten «Islamischen Revolution», Ayatollah Ruhollah Khomeini, am 6. März 1979, also nur gut einen Monat, nachdem der

zuvor (zunächst im Irak und später in Frankreich) exilierte Kleriker und Ideologe am 1. Februar 1979 in den Iran zurückgekehrt und im Triumphzug vom Flughafen Teheran durch die Stadt gezogen war.

Abgeordnete des «Medschlis», des iranischen Einkammerparlaments – der früher als Oberhaus dienende Senat wurde aufgelöst –, kündigten Anfang Dezember 2022 eine «Überarbeitung» der Gesetzgebung in diesen Fragen an. Näheres dazu war bei Redaktionsschluss nicht festgelegt. Eine Tatsache steht jedoch mit Bestimmtheit fest: Dieses Regime kann, solange es existiert, keine Bekleidungs-

freiheit zulassen, ebenso wie eine generellere Freiheit der individuellen Lebensgestaltung. Dies wäre schlicht mit seiner politisch-ideologischen Natur unvereinbar.

Die Essenz, der politische Wesenskern der Ideologie dieses Regimes – und dies weitgehend unabhängig von seiner personellen Besetzung, auch wenn es graduelle Unterschiede, Abstufungen bei der Brutalität ihrer Umsetzung gibt – liegt in der Vorstellung, eine bedrohte «kulturelle Identität» müsse mit allen Mitteln repariert bzw. wiederhergestellt werden. Die Veränderung familiärer Strukturen oder der Mentalität jüngerer Generationen wird durch diese Ideologie als der Ausfluss äusserer Aggression wahrgenommen. Die auf ökonomischer Ebene tatsächlich existierende imperialistische Dominanz wird durch die Regimeideologie nicht wahrgenommen: Die wirtschaftliche Durchdringung, die Vormachtstellung ausländischer Kapitalinteressen wurde durch die so genannte «Islamische Revolution» ab 1979 zu keinem Zeitpunkt beendet; lediglich wurden US-amerikanische Akteure verdrängt und zunächst durch bundesdeutsche und japanische Kapitalinteressen ersetzt, während an den Hochschulen marxistisch geprägte Lehrkräfte gegen z.T. in den USA geschultes, nicht kapitalkritisches Personal ausgetauscht wurden. Statt jedoch diese reale Dominanz zu analysieren, wofür diese Ideologie keinerlei Instrument besitzt, wird eine halluzinierte «kulturelle Aggression und Unterwanderung» bekämpft.

Verknüpft wird dieser Kernpunkt islamistischer Programmatik mit einem Gerechtigkeitsversprechen, das darauf beruht, dass verbreitete Unmoral für Korruption Sorge, welche wiederum die Quelle der wichtigsten gesellschaftlichen Missstände und Ungerechtigkeiten darstelle. Das Programm der autoritären Remoralisierung der Gesellschaft werde diesen also Abhilfe verschaffen.

Aufgrund der sozialen Begleitmusik, aber auch der Ausnutzung religiöser Gefühle und der Empathie für die «Märtyrer», die der iranische Islamismus während des Krieges mit dem Irak bis in die späten achtziger Jahre hinein reichlich produzierte,³ verfügt das neue Regime anfänglich über eine echte, breite Massenbasis. Diese zerfiel jedoch sehr schnell. «Dank» des Kriegszustandes – der Iran-Irak-Krieg kostete insgesamt bis zu einer Million Toten – konnte das Regime sich jedoch ab circa 1981 durch eine Notstandsdictatur und patriotische Appelle an der Macht halten.



Iranerinnen posieren gegen den Kopftuchzwang.



Auch innerhalb der Organe der Diktatur wich die anfänglich starke ideologische Motivation in Teilbereichen dem zynischen Gefallen an Machtmissbrauch und Korruption. Nicht alle, aber einige, die im Dienste dieses Regimes stehen, agieren eher aus Opportunismus und Vorteilnahme, während anfänglich geteilte Überzeugungen enttäuscht wurden und irgendwann verfliegen. Dem Verfasser dieser Zeilen wurde 1992 in einem Haus in Teheran türkisches Dosenbier und Weisswein aus Benzinkanistern aufgetischt. Das wäre normalerweise für den Gastgeber hochgefährlich. Es stellte sich im Laufe des Abends heraus, dass der Hausherr einen Mitgliedsausweis der «Pasdaran» (Revolutionswächter), der ideologischen Prätorianergarde des Regimes, in der Tasche hatte. Beim illegalen Alkoholhandel war er jedoch nicht weit von der Quelle entfernt.

Wie weiter?

Mehrere Perspektiven sind heute denkbar. Eine mögliche Entwicklung läuft auf einen definitiven Zusammenbruch des Regimes, begünstigt auch durch innere Widersprüche in den teilweise morsch gewordenen Organen, hinaus. Es würde nicht durch Sozialismus abgelöst, sondern durch eine mehr oder minder instabile bürgerliche Demokratie, die aber mit starken sozialen Bewegungen konfrontiert wäre.

Der Minimalkonsens unter denen, die dieses Regime endlich abschaffen wollen – das sind über drei Viertel der Bevölkerung – ist die Wiedererlangung individueller Freiheitsrechte, da deren Unterdrückung den Kern der Ideologie und der Praxis der bestehenden Diktatur bildet. Nicht die Klassenfrage. Doch beide sind miteinander verstrickt und verwoben. Denn wer es sich finanziell leisten kann, weicht heute im realen Leben so oft wie möglich in Ausweichräume aus, im Sommer in Dubai, im Winter in den Skigebieten am Damawand (nördlich von Teheran), wo die

Überwachung gering ausfällt. Doch wer arm ist, kann dem staatsoffiziellen Zwangsmoral-Terror nicht entkommen. Es gab Perioden, in denen diese Frage gegenüber der dringlichen Frage des ökonomischen Überlebens im Alltag in Teilen der Unterklassen als relativ sekundär gelten konnte. Dem ist längst nicht mehr so.

Im «Fall Amini» erleben alle Teile der iranischen Gesellschaft symptomatisch die Auswüchse eines Staatsterrors, denen sie über Klassen- und Schichtengrenzen hinweg längst leid sind. Vor allem aber gingen dieser Protestbewegung andere im Winter 2017/18 sowie 2019/20 voraus, bei denen es um ökonomische Fragen wie Preiserhöhungen für Grundbedarfsgüter ging – die Repression forderte im zweitgenannten Falle rund 1500 Tote – und die in die jetzige Explosion der Unzufriedenheit mit einfließen. Sozioökonomische Aspekte und individuelle Freiheitsrechte lassen sich deswegen kaum noch auseinanderdividieren.

Vorstellbar wäre jedoch auch ein Putsch aus einem Flügel der bewaffneten Staatsorgane, falls sich etwa die «Pasdaran» aufspalten sollten. An ihnen hängt ein riesiges Wirtschaftsimperium, das ihre Mitglieder bewahren möchten, eventuell um den Preis, das Regime und seine Ideologie oder Teile davon zu opfern. Nun ist ein Teil dieser Elitetruppe der Diktatur fanatisiert und ideologisiert, doch längst kritisieren ältere Kommandanten – die es sich aufgrund ihres Status oder ihres potenziell gefährlichen Wissens um die Korruption von Offiziellen leisten können – in von ihnen kontrollierten Medien oder Blogs offen am Regime herum. Das reicht vom Bemängeln von dessen «Inkompetenz» bis hin zu «Dialog»forderungen gegenüber den Protestierenden. Eigeninteressen, welche die längerfristige Bewahrung der eigenen Errungenschaften betreffen, spielen dabei natürlich eine Hauptrolle.

Sei ein künftiges Regime nach der «Islamischen Republik» nun selbst autoritär oder demokratisch verfasst: Es wird damit umgehen müssen, dass es mit Massenbewegungen konfrontiert ist. Dabei geht es um den Wunsch nach einem Minimum an individueller Selbstbestimmung, aber auch um soziale Interessen. Darüber hinaus spielen jedoch auch die nationalen Minderheiten, die im Vielvölkerstaat Iran fünfzig Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, eine wichtige Rolle. Dass Mahsa Amiri Kurdin war und nach ihrem Tod zur Leitfigur der neuen Protestbewegung wurde, mit der sich nun Viele identifizieren, schwächte den in der Gesellschaft durchaus vorhandenen persischen Chauvinismus gegen nationale wie konfessionelle, da mehrheitlich sunnitische, Minderheiten. Im iranischen Kurdistan ebenso wie im südöstlich gelegenen Balutschistan, wo die staatliche Repression jeweils besonders krass wütete, liegen Zentren des Protests.

Bernard Schmid,
Autor und Anwalt*

*Unser Freund Bernard Schmid lebt in Paris und arbeitet für verschiedene deutsche und französische Zeitungen. Diesen Artikel schrieb er auch für die Monatszeitung «Konkret».

1. So viele waren es bei Redaktionsschluss dieses Artikels am 9. Dezember 2022.

2. Die Journalistin Nilufar Hamidi von der iranischen Zeitung «Sharq» («Osten», «Orient») wurde deswegen am 22. September festgenommen und bis zum 26. September 2022 waren es bereits achtzehn Presseschaffende.

3. 1980 griff die irakische Diktatur unter Saddam Hussein (mit damaliger Rückendeckung durch die USA und Frankreich) den durch die vorherige Revolution destabilisierten Iran an, doch spätestens ab 1983 hatte der Iran militärisch die Oberhand gewonnen und führte den Krieg aus eigenem Antrieb bis 1988 fort.

Die ukrainischen Feministinnen unterstützen!

Der Krieg in der Ukraine ist ein hochgradig genderspezifischer Konflikt. Nach der russischen Invasion hat die geschlechtsspezifische Gewalt erheblich zugenommen – vor allem Vergewaltigungen als Kriegswaffe, Zunahme häuslicher Gewalt, Folter von Frauen und deren Konfrontation mit der Folter ihrer Kinder und Angehörigen.

Millionen von Frauen wurden vertrieben – innerhalb und ausserhalb des Landes – und sind in vielen Fällen extremer Ausbeutung und allen Arten von Gewalt ausgesetzt. Diese Frauen haben in ihrem Land und in den Nachbarländern, in die sie geflohen sind, insbesondere in Polen, grosse Schwierigkeiten beim Zugang zu bezahlter Arbeit, Wohnraum, Abtreibung und Gesundheitsdiensten. Gleichzeitig übernehmen ukrainische Frauen den Grossteil der für den Widerstand notwendigen Reproduktionsarbeit¹. Frauen beteiligen sich sehr aktiv am Widerstand, einige sind Kämpferinnen, viele von ihnen sind zu Hauptversorgerinnen ihrer Familien geworden. Frauen sind unverhältnismässig stark für die soziale Reproduktionsarbeit verantwortlich, die durch die Zerstörungen von der russischen Armee, Privatisierungen im Kontext der Militarisierung und durch die von den internationalen Finanzinstitutionen auferlegten Sparhaushalte zunehmend bedroht ist. Diese soziale Reproduktionsarbeit ist jedoch für den ukrainischen Widerstand ebenso wesentlich wie die Verteidigungsarbeit, die weitaus anerkannter und besser bezahlt ist.

Who cares for the carers?

Vor diesem Hintergrund schlossen sich feministische Aktivistinnen dem Widerstand an, während sie gleichzeitig frauenspezifische Probleme ansprachen. Sie konzentrieren sich auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen im Kriegskontext, die häufig vernachlässigt

und unsichtbar gemacht werden – wie medizinische und psychologische Versorgung, Menstruationshygieneprodukte, Babynahrung usw. Diese Aktivistinnen kümmern sich um die Frauen, welche sich um die gesamte Bevölkerung kümmern und den Widerstand möglich machen. Die jüngsten russischen Angriffe auf die Infrastruktur des Landes und die daraus resultierenden Stromausfälle machen ihre Arbeit jedoch oftmals unmöglich. Schliessen wir uns also zusammen, um unseren ukrainischen Schwestern Kraft zu geben! Das Feministische Kollektiv des «Europäischen Netzwerks für Solidarität mit der Ukraine» sammelt Spenden, um die humanitäre und militante Arbeit von vier feministischen Kollektiven zu unterstützen. Die gesammelten Gelder werden vollständig zwischen Feminist Workshop, Feminist Lodge, FemSolution und Bilkis aufgeteilt. Sie können diese vier Gruppen unterstützen, indem Sie eine Spende auf das untenstehende Konto mit dem Vermerk «Powering Ukrainian feminists» tätigen.²

Die feministischen Kollektive

Feminist Workshop ist in Lwiw und der umliegenden Region tätig und arbeitet mit geflüchteten und älteren Frauen. Seit Beginn des Krieges hat Feminist Workshop seine Aktivitäten ausgeweitet, u.a. durch Kinderbetreuung und Unterstützung vertriebener Frauen bei der Wohnungssuche, Altenpflege und psychologische Unterstützung sowie

andere humanitäre Fragen. Kontakt: office(at)femwork.org.

Feminist Lodge ist eine Initiative von unten (grassroot), die 2017 in Kiew gegründet wurde, um die Gleichstellung der Geschlechter durch Bildungs- und Kulturaktivitäten zu fördern. Der Krieg zwang ihre Mitglieder, sich auf die Bereitstellung humanitärer Hilfe für gefährdete Frauen und ihre Familien umzustellen, die sie auf dem Land, auch in den vorübergehend besetzten Gebieten, sowie an Binnenvertriebene verteilen. Kontakt: feministlodge(at)gmail.com.

FemSolution ist eine basisdemokratische, feministische, horizontale und linke ukrainische Initiative, die 2016 von Studentinnen und Studenten gegründet wurde. Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine konzentriert sich diese Gruppe auf die Verteilung von Menstruationshygieneprodukten für kriegsbetroffene Frauen und medizinische Hilfe für Menschen mit psychischen Problemen. Beide Bedürfnisse sind stark genderspezifisch, da Frauen und Mädchen unverhältnismässig stark von bewaffneten Konflikten betroffen sind. Kontakt: briana.oswald16(at)gmail.com.

Bilkis ist eine unabhängige, intersektionale und integrative feministische Initiative mit Sitz in Charkiw. Zu ihren Aktivitäten gehören das Sammeln von Spenden für Lebensmittel und Grundnahrungsmittel, der Transport von Lebensmitteln und humanitärer Hilfe aus Polen/Warschau, der Transport von Frauen und Müttern zu ihren Familien, die Unterstützung bei der Suche nach Unterkunft und Schutz und die Bereitstellung humanitärer Hilfe für diejenigen, die nicht gehen können. Kontakt(facebook): (at)fem.bilkis.

Europäisches Netzwerk für Solidarität mit der Ukraine

www.ukraine-solidarity.eu

1. Arbeitsverrichtungen ausserhalb des Sektors formeller Erwerbsarbeit. Durch den Begriff Reproduktionsarbeit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass diese Tätigkeiten zu den gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten zählen, d.h. Arbeit sind.

2. Name der Bank: BCGE
IBAN: CH5400788000050950848
BIC/SWIFT: BCGECF1GGXXX
Name des Begünstigten:
Europäisches Solidaritätsnetzwerk mit der Ukraine
Adresse des Begünstigten:
Avenue Krieg 40, CH-1208, Genf, Schweiz



Gegen die Wand: Dakh Daughters, eine engagierte Musik- und Performance-Gruppe aus der Ukraine. Foto: Olga Zaktrevska

Frauenheilkunde der Maya: Tradierte Medizin der indigenen Heiler-innen heute

«Die Beschäftigung mit der Medizin der Maya bedeutet für uns, sich auf ein Medizin-konzept einzulassen, das in eine spirituelle Weltsicht eingebunden ist. Heilung umfasst immer auch die Seele der Patient-inn-en und bei einer Geburt die der Gebärenden und ihres Kindes. Mit den hier gesammelten und übersetzten Publikationen von OMIECH, der Organisation indigener Ärztinnen und Ärzte in Chiapas/Mexiko, möchten wir zu einem wertschätzenden Austausch beitragen», schreibt Doris Braune, Mitherausgeberin der «Frauenheilkunde der Maya» und Heilpraktikerin, die seit Jahren im Kontakt mit OMIECH steht.

Das vorliegende Buch ist ein Plädoyer für die Respektierung anderer Kulturen und Herangehensweisen als die der zerstörerischen Logik unserer profitorientierten Welt. Das reich illustrierte Werk ist gleichzeitig ein Handbuch, das die Praktiken der indigenen Heiler-innen und Hebammen und deren Rezepte und eingesetzten Mittel detailliert beschreibt. Dies könnte eine Anregung für Fachleute auch in unseren Breitengraden sein, die sich auf die Suche nach komplementären Methoden zur hiesigen hochtechnisierten Medizin begeben wollen.

Doris Braune/OMIECH, Frauenheilkunde der Maya, Bellis-Verlag, Stuttgart, 2023, 261 Seiten, ISBN: 978-3-9818611-5-0, Preis: 52 Euro/CHF + Portokosten
Bestellungen bei: Bellis Verlag, Scillawaldstrasse 75, D-70378 Stuttgart
info@bellis-verlag.de, www.bellis-verlag.de



Logo von OMIECH

Liebe Leserinnen und Leser,

Vielleicht habt Ihr gemerkt, dass dieser Archipel etwas dicker ist als sonst. Ja, dicker, aber nicht teurer (für Euch)! Dieses Mal hatten wir so viele interessante Artikel, die wir Euch nicht vorenthalten wollten, so dass wir ein paar Seiten mehr gebraucht haben.

In Anbetracht der Tatsache, dass zurzeit alles teurer und Grosszügigkeit immer schwieriger wird, haben wir beschlossen, den Preis für das Archipelabo NICHT zu erhöhen. Im Gegenzug wäre es natürlich sehr fein, wenn Ihr Euren Bekannten, Freundinnen und Freunden

den Archipel vorstellt, damit auch sie auf die Idee kommen, ihn zu abonnieren! Und vielleicht möchtet Ihr ja noch jemandem ein Geschenk zum Jahresanfang machen – da wäre ein Abonnement eine schöne Idee!

Herzliche Grüsse,
die Redaktion



ABONNEMENT

Ich abonniere «Archipel» und überweise für ein Jahresabonnement den Betrag von 60sFr, 40 Euro auf Konto:

Schweiz: Europäisches
BürgerInnenforum, PC 40-8523-5

Deutschland: Europ. Kooperative,
Raiffeisenbank, Malchin,
BLZ 15061698, Konto 201084194
Vermerk: Archipel oder EBF

Österreich: Konto EBF,
Posojilnica-Bank, Eisenkappel,
IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451,
BIC: VSGKAT2K

Name

Vorname

Strasse

PLZ Ort

Land

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org